

Working Paper Series

Arbeitspapiere und Dokumentationen
des Forschungsschwerpunktes
„Kommunikation, Medien und Politik“

Wortlaut der zweiten Fernsehdebatte zur
Landtagswahl in Niedersachsen am 02. Februar
2003

Jürgen Maier
Carolin Jansen

Arbeitspapiere und Dokumentationen des Forschungsschwerpunkts „Kommunikation, Medien und Politik“

ISSN (Online): 2195-6030

Die Arbeitspapiere und Dokumentationen des Forschungsschwerpunkts „Kommunikation, Medien und Politik“ dienen der Darstellung vorläufiger Ergebnisse, die in der Regel noch für spätere Veröffentlichungen überarbeitet werden. Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdruckes, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen – auch bei nur auszugsweiser Verwertung.

Herausgeber/Editors

Mitglieder des Steering Committees des Forschungsschwerpunkts „Kommunikation, Medien und Politik“:

Prof. Dr. Rüdiger Grimm (Fachbereich 4: Informatik)

Prof. Dr. Jürgen Maier (Fachbereich 6: Kultur- und Sozialwissenschaften)

Prof. Dr. Michaela Maier (Fachbereich 8: Psychologie)

Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli (Fachbereich 6: Kultur- und Sozialwissenschaften)

Prof. Dr. Manfred Schmitt (Fachbereich 8: Psychologie)

Wortlaut der zweiten Fernsehdebatte zur Landtagswahl in Niedersachsen am 02. Februar 2003

**Jürgen Maier
Carolin Jansen**

Nr. 6/2013

Kontaktdaten der Verfasser:

Abteilung Politikwissenschaft

Institut für Sozialwissenschaften

Fachbereich 6: Kultur- und Sozialwissenschaften

Universität Koblenz-Landau, Campus Landau

Kaufhausgasse 9

76829 Landau

E-Mail: maierj@uni-landau.de, jansenc@uni-landau.de

Wortlaut der zweiten Fernsehdebatte zur Landtagswahl in Niedersachsen am 02. Februar 2003

Jürgen Maier
Carolin Jansen

Zur Fernsehdebatte

Am 29. Januar 2003 wurde die zweite von zwei Fernsehdebatten im niedersächsischen Landtagswahlkampf 2003 zwischen den beiden Ministerpräsidentenskandidaten, Amtsinhaber Sigmar Gabriel (SPD) und Herausforderer Christian Wulff (CDU), ausgestrahlt. Die rund 60-minütige Diskussionssendung begann um 21.00 Uhr und wurde von dem öffentlich-rechtlichen Sender NDR übertragen. Unter Ausschluss von Publikum befragte der Moderator Volker Herres (NDR) die beiden Kandidaten.

Vorbemerkung

Der Wortlaut der Debatte wird exakt dokumentiert. Die Aussagen der zwei Kandidaten sowie des Moderators werden in 30-Sekunden-Blöcken eingeteilt. Darüber hinaus werden folgende parasprachliche Besonderheiten der Redebeiträge erfasst:¹

- (uv) unverständliche Rede
- ^ parasprachlicher Einschublaut (äh, öh, ömm usw.)
- kurze Pause
- längere Pause
- [simultanes Sprechen
- „...“ nachprüfbares wörtliches Zitat
- ...‘ sinngemäßes Zitat

¹ Die Erfassung der parasprachlichen Elemente erfolgt unter Anwendung der in Josef Klein (1990): Elefantenrunden „Drei Tage vor der Wahl“: Die ARD-ZDF-Gemeinschaftssendung 1972-1987, Baden-Baden, Teil II: Texte, S. I, entwickelten Systematik.

Transkript

Zeit	Gabriel	Wulff	Moderator (Herres)
00:00:00			<p>Aus dem OFF: Er ist Experte für die Zielgerade, sagen die Genossen. Das muss er sein, will er nicht fallen, sondern Niedersachsen weiter regieren. Denn Christian Wulff liegt mit seiner CDU vor der SPD in allen Umfragen. Er hat sein Image aufpoliert. Könnten die Niedersachsen Ihren Ministerpräsidenten direkt wählen, dann läge Wulff knapp vorn. Gabriel gilt zwar als die stärkere Führungspersönlichkeit</p>
00:00:30			<p>aber Wulff trauen die Wähler eher zu, die Probleme des Landes zu lösen. Jetzt. Das Duell der Kandidaten.</p> <p>HERRES: Einen schönen guten Abend vier Tage vor der Wahl zum niedersächsischen Landtag meldet sich NDR Aktuell heute live aus Hannover zum großen Fernsehduell zwischen Sigmar Gabriel, seit drei Jahren steht er als jüngster Ministerpräsident der Republik an der Spitze des Landes, und muss nun erstmals als Nummer eins eine Landtagswahl bestehen.</p>
00:01:00			<p>Sein Herausforderer ist Christian Wulff, Partei- und Fraktionschef der CDU in Niedersachsen. Es ist sein dritter Anlauf. Zwei Mal hat er verloren gegen den damaligen</p>

	<p>Ministerpräsidenten Gerhard Schröder. Diesmal gilt hop oder top. Beide heiße ich herzlich willkommen zum direkten Schlagabtausch. Für beide geht es um das Ganze und beide erleben eine Wahlschlacht, die mehr ist als eine reine Landtagswahl. Zeitgleich mit Niedersachsen wählt ja auch das Nachbarland Hessen und stimmungsmäßig wird diese Doppelwahl überlagert von der Bundespolitik.</p>
<p>00:01:30</p>	<p>Der Norden wählt, aber diese Wahl, sie ist eine Weichenstellung, auch für Berlin. Heute also das große Fernsehduell. Es sei „wichtig“ oder sogar „sehr wichtig“ für die eigene Wahlentscheidung am kommenden Sonntag, das sagt, so unsere Umfragen, immerhin jeder 5. Niedersachse. Herr Wulff, Herr Gabriel, Sie können also noch kräftig punkten heute Abend. Herr Ministerpräsident, Sie sind einst als Favorit gestartet in diese Wahl. Nun ringen Sie um das politische</p>
<p>00:02:00</p> <p>Na klar. Wir kämpfen bis zum letzten Tag und überall da, wo es um Landespolitik gibt, haben wir eine große Zustimmung. Stimmt, die</p>	<p>Überleben nach allen Umfragen. Von Ihnen stammt der Satz: „Wahlkampf muss auch Spaß machen“. Macht es Ihnen noch Spaß?</p>

	<p>bundespolitische Stimmung ist nicht besonders gut für die SPD, aber man muss kämpfen, wenn man Wahlen gewinnen will und ich glaube, wir haben eine gute Chance.</p>	<p>Herr Wulff, wer sich als Spitzenkandidat bereits zweimal eine blutige Nase geholt hat, der bleibt vermutlich misstrauisch bis zum Schluss, oder sind Sie diesmal Ihres Sieges sicher?</p>
00:02:30	<p>Nein. Man weiß einfach, die Wähler entscheiden am Sonntag zwischen 8 und 18 Uhr und die Briefwahlstimmen werden auch noch gezählt. Und auf die kommt es an, nicht auf die gemessenen Stimmungen, sondern allein auf die Stimmen. Aber man macht jetzt sehr gute Erfahrungen in diesem Wahlkampf. Die Menschen wollen einen Wechsel. Sie wollen eine andere Politik in Hannover, aber natürlich auch ein anderes Auftreten Niedersachsens im Bundesrat. Und das gibt uns halt Rückenwind und ich weiß, wie das ist, mit Gegenwind Wahlkampf zu führen.</p>	<p>Herr Gabriel, die dominante Bundespolitik, die ist für Sie ein schweres Handicap in diesem Wahlkampf.</p>
00:03:00		<p>Sie könnten die Rechnung bekommen für Rot-Grün. In Berlin heißt Ihr härtester Gegner bei diesem Wahlkampf eigentlich nicht Christian Wulff, sondern Gerhard Schröder?</p>

	<p>Nee, ganz sicher nicht. Natürlich gibt es eine Stimmung, die für die SPD bundesweit schwierig ist, aber ich bin sehr sicher, dass am Ende die Wählerinnen und Wähler hier entscheiden über fünf Jahre Arbeit hier im Lande und nicht über fünf Wochen Wahlkampf und von daher glaube ich, ist das schon spannend, wie es ausgehen wird. Wir sind für das Land da. Wir haben auch eine Meinung zum Bund, aber es geht in dieser Wahl um Niedersachsen.</p>
00:03:30	<p>Herr Wulff, Niedersachsen wählt im Doppel mit Hessen. Die Union setzt ja auch in dieser Wahl auf einen Denkkzettel für Schröder. „CDU wählen tut nicht weh“, haben Sie einmal gesagt. Versuchen Sie, so etwas wie ein Sammelbecken für alle Enttäuschte zu sein und damit an die Macht zu kommen?</p> <p>„Es tut sogar gut“, habe ich noch ergänzt und das werden wir beweisen am Sonntag. Es ist halt so, dass die Bürger begriffen haben, dass es jetzt in Deutschland darum geht mehr oder weniger Staat. Konzentriert sich der Staat auf seine eigenen</p>
00:04:00	<p>Aufgaben, für die er zuständig ist, oder wird immer tiefer in die Taschen der Bürger hinein gegriffen mit immer dilettantischeren Vorschlägen in der Steuer- und Abgabepolitik.</p>

	<p>Deswegen ist in Hessen und Niedersachsen der Wahlkampf gleichermaßen gegen die Flut an Steuer- und Abgabenerhöhungen, die aus Berlin kommen, aber es geht auch um das Land und auch im Land gibt es große Unzufriedenheit mit der Regierung.</p>	<p>Herr Gabriel, Sie gehen ja nun lautstark immer wieder auf Distanz zu Berlin. Schnittblumensteuer, vorgezogene Steuerreform, Dosenpfand, Dienstwagensteuer, Vermögenssteuer.</p>
00:04:30	<p>Der Erzengel Gabriel ist nicht nur der Engel der Rache, sondern auch der Gerechtigkeit, wenn Sie nachschauen. Aber im Ernst, es geht natürlich darum, dass wir hier als Ministerpräsidenten einen Amtseid auf die Verfassung geleistet haben, nicht auf dem Parteibuch. Umgekehrt sind wir froh über manches, was aus Berlin gekommen ist, wenn Herr</p>	<p>Sie preisen sich oder Sie haben sich selbst mal angepriesen als der gewichtigere Denkkzettel für Berlin. Aber wer einen Denkkzettel erteilen will, wählt der nicht gleich CDU und nicht den Racheengel Gabriel?</p>
00:05:00	<p>Wulff sagt, da gäbe es eine Flut von Steuererhöhung, muss man erst mal festhalten, es ist die SPD, die den Eingangsteuersatz von fast 26 Prozent unter CDU-</p>	

	<p>Zeiten auf unter 20 bekommen hat. Es ist die SPD, die den Spitzensteuersatz von über 53 Prozent inzwischen auf 48,5 und dann auf 42 bringt. Also ich finde, es gibt viele Dinge, die sind gut gemacht worden in Berlin. Ja, es gibt auch natürlich manche, die sind nicht gut gemacht worden. Ja, dann muss man das sagen.</p>	<p>Lassen Sie uns nochmal beim Wahlkampf bleiben. Der hat sich ja in der Schlussphase deutlich</p>
<p>00:05:30</p>	<p>Ich denke, man sollte den Ball flach halten. Die Bürger haben sich längst ein Urteil gebildet, über die ganzen Attacken der letzten Wochen. Wenn im Lande verbreitet wird, wir wollten VW verkaufen, dann ist das wahrheitswidrig</p>	<p>verschärft. Sie, Herr Wulff, wurden von der SPD als Leisetreter, als Warmduscher und jüngst auch als Strohmann des Herrn Koch bezeichnet. Umgekehrt haben Sie den Herrn Ministerpräsidenten einen Lügner genannt. Sie können das jetzt beide bedauern, erläutern, zurücknehmen, verschärfen. Herr Wulff.</p>
<p>00:06:00</p>	<p>wider besseren Wissens. Wenn verbreitet wird, wir wollten europäischen Atommüll nach Gorleben bringen, dann ist das einfach das Gegenteil von dem, was wir erklärt haben und wenn jetzt gestern sich</p>	

	<p>der Handwerkskammerpräside nt distanziert in SPD- Anzeigen verwandt zu werden, wenn sich heute Herr Schmoldt als der Vorsitzende der IG Chemie Energie Bergbau verwehrt dagegen, dass er heut in einer Anzeige für Herrn Gabriel genannt wird, dann finde ich, dann zeigt das, der Wahlkampf wird nicht fair geführt. Und wir sollten zur Fairness zurückkehren, weil die Politikverdrossenheit ansonsten immer weiter ansteigt.</p>	<p>Bedauern Sie denn Ihren Ausdruck</p>
<p>00:06:30</p>	<p>[Nach diesen ganzen Anzeigen kann ich nur sagen, ich bleibe dabei, dass hier mit dem Mittel der Unwahrheit wissentlich die Wahl entschieden werden soll. Dass Dinge behauptet werden, die fern der Realität sind, die nicht stimmen, die nicht wahr sind. Und das nennt man gemeinhin Lüge, wobei ich die moralische Wertung auch von den Bürgern erwarte, denn die haben natürlich ein feines Gespür dafür und ich bin froh, dass es viele aufrechte Sozialdemokraten gibt, die uns in diesen Tagen gesagt haben, dass Sie sich von dieser Art Wahlkampfführung der Sozialdemokratie distanzieren, sich</p>	<p>Lügner oder halten Sie...</p>

<p>00:07:00</p>	<p>[Mir kommen gleich die Tränen. Das muss ich offen sagen. Erstens, wie Sie mit der Wahrheit umgehen, haben Sie eben gerade gezeigt. Herr Schmoldt hat mich vorhin angerufen und hat gesagt „Gibt überhaupt keinen Grund, sich von mir zu distanzieren.“ Vielleicht rufen Sie ihn mal an. Ich habe [Ich gebe Ihnen nachher mal die Telefonnummer, dann rufen Sie den mal an. Und dann erkläre ich Ihnen mal, was eine Lüge ist. Eine Lüge ist, wenn man Arbeitgebern und Arbeitnehmern einen Brief schreibt und sagt, ‚ich werd‘ dafür sorgen, als CDU Vorsitzender, dass im Landtag</p>	<p>dahinter auch nicht versammeln wollen.</p> <p>[Ich habe den Brief von Herrn Schmoldt gelesen</p>	<p>Herr Gabriel: Leisetreter, Warmduscher?</p>
<p>00:07:30</p>	<p>das Tariftreuegesetz gegen illegale Beschäftigung mit den Stimmen der CDU verabschiedet wird. Ich werde den vorliegenden Gesetzentwurf der SPD abstimmen.‘ Und dann den Leuten hinterher dagegen stimmt. Ich finde, das geht nicht Herr Wulff, dann müssen Sie sagen, ich habe mich geirrt. Sie brauchen das nicht rausholen. Ich habe es zitiert eben. Und die Wahrheit ist natürlich auch nicht, wenn Sie behaupten, wir hätten die Unwahrheit gesagt. Es sind die Betriebsräte bei VW, die Ihnen nicht glauben, wenn Sie erklären, Sie wollten nicht</p>	<p>[Hm.</p>	

	<p>ran an die Privatisierung.</p>
<p>00:08:00</p>	<p>Das heißt, Sie müssten doch inzwischen auch einsehen, dass bestimmte, persönliche Diffamierungen über das Maß hinausgegangen sind. Ich bin auch nicht glücklich, was manche bei uns in der Wahlkampfzentrale da so über Sie geschrieben haben. Ich habe auch immer gesagt, dass wir uns natürlich dagegen wehren müssen, dass Ihr Geschäftsführer erklärt, „Die Roten aus den Parlamenten zu jagen.“. Ich meine, die Roten aus der Regierung hätte ich noch verstanden. Die Roten aus den Parlamenten, das sind Sprüche von ganz anderen Parteien. Und so schaukelt sich so was hoch. Ich finde, wir sollten sagen,</p>
<p>00:08:30</p>	<p>was wir in diesem Lande wollen, was wir erreichen wollen, aber wir sollten nicht dem Anderen die Redlichkeit der Interessen unterstellen, die er hier vertritt, da wären wir, glaube ich, gut bei, beide, beraten.</p> <p>[Nein.</p> <p>Herr Wulff, wir lesen das nicht alles vor, aber Sie haben natürlich die Möglichkeit</p> <p>Aber es ist nun wiederholt der Versuch, mit dieser Sache Vergabegesetze Politik zu machen. Es gibt keinen Brief von mir an die Industrie- und Handelskammern, wie von Herrn Gabriel behauptet wurde, es gibt einen einzigen Brief an die Bau^ Bereiche an den Handwerkskammerpräsi-</p>

<p>[Lesen Sie es doch mal vor. Lesen Sie es mal</p>	<p>denken Osnabrück- Emsland und dort habe ich klar gesagt, ‚Im Baubereich sind wir für das Vergabegesetz.‘</p>
<p>00:09:00</p>	<p>„Nachdem hier doch im Hinblick auf die dramatische Lage im Bausektor auf Landesebene weitgehend Einigkeit über die schnelle Verabschiedung eines solchen Gesetzes erzielt worden ist, bin ich der Auffassung, dass man sehr kurzfristig das im letzten Jahr eingebrachte Landesvergabegesetz zu einer Verabschiedung gebracht werden kann und dies auch geschehen sollte.“ Da gab es die Entscheidung fünf Tage vor der SPD Landtagsfraktion, da war vom öffentlichen Personennahverkehr nicht die Rede. Deswegen habe ich im Landtag erklärt, bei der Verabschiedung, „Wir stimmen dem Vergabegesetz Bau zu“, aber wenn nicht getrennt abgestimmt wird, stimmen wir ihm insgesamt deshalb nicht zu, weil der ÖPNV, der öffentliche Personennahverkehr,</p>
<p>00:09:30</p>	<p>nicht durch ein Vergabegesetz geregelt werden darf. Dort gibt es jetzt gewaltige Probleme um die Arbeitsplätze, weil es dort eben nicht wie im Baubereich einen repräsentativen, allgemeinverbindlichen Tarifvertrag gibt. Das ist im</p>

<p>[Nee nee, Herr Wulff, es geht schon darum [(uv.)</p>	<p>Baubereich einfacher, zum Baubereich stehen wir. Aber der ÖPNV ist durch vier Änderungen des Gesetzes in den Beratungen immer wieder verändert worden, deswegen konnten wir am Ende dem Gesetz die Zustimmung nicht geben. Aber wenn man sich auf einen solchen Punkt kapriziert, Herr Gabriel, dann muss einem verdammt die Munition ausgegangen sein. (uv.) um abzulenken von Ihrer Art</p>
<p>00:10:00</p> <p>[Ich finde, ich finde in der Sache, Ich finde, in der Sache muss man aber was sagen.</p> <p>Herr Wulff hat ein Brief vorgelegen. In der Tat, ich habe ja auch nicht gesagt an die IHK sondern an Arbeitgeber. Eben gerade in der Sendung. Da schreiben Sie, Sie würden dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmen. Da stand der</p>	<p>der Wahlkampfführung. Jeden Tag eine Anzeige in das Land zu setzen und VW beispielsweise mit diesem abgebrochenen, alten Golfschlüssel einen echten Imageschaden auch zugefügt zu haben. Ihnen ist dann auch das Unternehmen egal. Sie wollen einfach Ihr Geschäft machen und das ist ein bisschen zu wenig für einen Ministerpräsidenten.</p> <p>Lassen Sie uns doch mal beim Stil bleiben....(uv)</p> <p>Ja.</p>

	<p>ÖPNV drin. Ich frage Sie, warum soll man eigentlich Busfahrer,</p>
<p>00:10:30</p>	<p>die, und LKW-Fahrer, die bedrängt sind auch durch illegale Beschäftigung, nicht schützen vor Dumpinglöhnen, vor Schwarzarbeit. Das sind doch Dinge, wo Sie die Leute alleine lassen. Zu VW. Verstehen Sie, die Betriebsräte haben schriftlich erklärt, Sie glauben Ihnen das nicht, Sie haben auch gesagt warum. Weil die ersten Privatisierungen von Volkswagen durch Ihre Partei gemacht worden sind, weil Sie die Salzgitter AG privatisiert haben, weil Sie die Wohnung privatisiert haben, weil Sie immer wieder Leute bei sich haben, denen die 50.000 Arbeitsplätze bei Volkswagen nicht so</p>
<p>00:11:00</p>	<p>wichtig sind, wie die Analysten an der Börse. Das ist der Unterschied. Nicht ich bezweifle das. Ich würde sogar unterstellen, Sie haben ja vielleicht eine ehrliche Meinung zu dem Thema. In Ihrer Partei ist aber immer vor Wahlen was anders zum Thema Privatisierung großer Betriebe gesagt worden.</p> <p>Natürlich.</p> <p>Bei der Salzgitter AG hat die CDU in Braunschweig beschlossen, ‚wir wollen Sie nicht privatisieren‘.</p> <p>Wenn Sie auf sie gehört hätten, hätten wir ein paar tausend Arbeitsplätze weniger.</p> <p style="text-align: right;">Nee. Nee. [(uv.)</p>

<p>[Wir müssen über die Sache reden, Herr Wulff. [Ja.. [Nicht nur über Sprüche.</p>	<p>Herr Gabriel, Herr Wulff, jetzt sind wir schon Über das Thema Wirtschaft, Arbeit reden wir gleich noch ganz ausführlich. Ich würde aber ganz gern noch einen</p>
<p>00:11:30</p>	<p>Moment bei der großen Politik bleiben. Ein Thema, das in diesen Tagen die Politik jenseits des niedersächsischen Wahlkampfes bestimmt, dominiert, ist die Frage Irak. Wer die Rede von US Präsident Bush in der vergangenen Nacht gehört hat, der konnte zwar dem einerseits entnehmen, dass der Krieg zunächst aufgeschoben ist, aber man konnte auch ahnen, dass er wohl kommen wird. Herr Wulff, Sie möchten nicht, dass sich Deutschland isoliert. Heißt das, mal ganz konkret</p>
<p>00:12:00</p>	<p>gesprochen, dass wenn unsere europäischen Verbündeten am Ende im Weltsicherheitsrat für einen solchen Krieg stimmen werden, dann sollte auch Deutschland mit ja stimmen? Umgekehrt macht es Sinn, dass man klar erklärt, man will den Krieg verhindern mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen. Und vermutlich wird man den Krieg am ehesten verhindern, wenn man den Druck auf den Irak verstärkt und diplomatische Bemühungen ausschöpft.</p>

	<p>Das ist der Einlass von Joschka Fischer, der gesagt hat: ‚Der Schlüssel liegt jetzt bei Saddam Hussein.‘ [Am Ende ist Stunde der Wahrheit.</p>
<p>00:12:30</p>	<p>Und für den, für die, für die Endentscheidung dann, im Sicherheitsrat, hat Gerhard Schröder in der Neujahrsansprache gesagt, ‚Es gibt Situationen, wo man einem Diktator, „einem menschenverachtenden Diktator“ wie Saddam Hussein‘, das ist wörtlich zitiert, nur mit Gewalt beikommen kann. Also wir müssen alles dafür tun, dass es dazu nicht kommt. Das haben auch die Kirchen erklärt, völlig zu Recht und das ist die Position aller demokratischen Parteien in Deutschland. Es ist einfach falsch ganz frühzeitig, ganz bestimmte Dinge auszuschließen, weil man damit das Geschäft von Saddam Hussein machen würde [Danke. Herr Gabriel, ^, ein Satz noch zu diesem Thema.</p>
<p>00:13:00</p> <p>Erstens glauben das viele Menschen in den USA selbst und zweitens ist es doch so, dass wir offensichtlich mit zwei Messlatten messen. Nordkorea haben wir einen schlimmen Diktator, da</p>	<p>^ Sie sprechen immer von einem Krieg um Öl. Glauben Sie wirklich, dass es den USA um wirtschaftliche Interessen geht und nicht darum, einen gemeingefährlichen Diktator zu entwaffnen und auszuschalten?</p>

	<p>wissen wir, dass der Atomwaffen hat, da brauchen wir gar keine Inspektionen. Da wird auf Verhandlungen gesetzt. Und in den Ja, entschuldigung, da könnte man natürlich auch umgekehrt sagen, ‚was hat der vorher getan?‘</p>	<p>[Weil er Atomwaffen hat?</p>
00:13:30	<p>Guter Partner vielleicht und auf der anderen Seite bei Saddam Hussein, den übrigens der Westen hochgerüstet hat, da wissen wir noch nicht, was los ist, aber die Amerikaner wollten schon den Krieg führen ohne Inspektion. Die Wahrheit ist doch, ohne die klare Position der Bundesregierung, die gesagt hat ‚Nein. Wir wollen das nicht‘ gäbe es doch gar keine Risikoabschätzung. Sondern möglicherweise wäre der Krieg schon in vollem Gange und ich finde, wir müssen an dieser Stelle klar sagen, dass Deutschland Verantwortung tragen muss, das haben wir in Afghanistan gezeigt, im Kosovo gezeigt, aber dass das auch bedeutet, dass wir gegen Abenteuer sein dürfen.</p>	
00:14:00	<p>Und das passiert dann. 30 Tage Krieg, sagen CSU-Mitglieder, sind 30 Jahre Terrorismus weltweit. Das finde ich, ist eine Botschaft, die wir ernst nehmen sollten.</p>	<p>Herr Gabriel, Herr Wulff, lassen Sie uns zu den landespolitischen Themen dieses Wahlkampfes kommen. Niedersachsen schwächelt wirtschaftlich, leidet wie ganz Deutschland unter</p>

	<p>konjunkturellen und strukturellen Problemen. Vor allem aber unter der hohen Arbeitslosigkeit und das ist dann auch das Thema, dass die Niedersachsen mehr als jedes andere Thema beschäftigt.</p>
<p>00:14:30</p>	<p>MAZ: Arbeit, Arbeit, Arbeit. Mehr Jobs für Niedersachsen. Die wichtigste Aufgabe der neuen Regierung. 381.000 Menschen zwischen Nordsee und Harz waren im vergangenen Monat arbeitslos. ‚Ich laufe hier regelmäßig ins Arbeitsamt. Ich kann mit meinem Sachbearbeiter über Gott und die Welt reden. Aber nicht über die Vermittlung</p>
<p>00:15:00</p>	<p>einer Arbeitsstelle.‘ ‚Ich meine, es gibt zu wenig Arbeitsplätze und ich kenne die Lösung auch nicht des Problems. Und ich glaube die Politiker auch nicht.‘ ‚Da werden so viele Vorschläge gemacht in letzter Zeit. Der eine will dies, der andere will das. Ich glaube nicht, dass sich auch die Arbeitslosenzahlen in den nächsten Jahren oder in den nächsten Monaten da irgendwie ändern werden. Das kann ich mir nicht vorstellen.‘ Ernüchternd auch die Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit. Im Jahr 2002 lag der Bundesdurchschnitt bei 9,8 Prozent. Niedersachsen mit 9,2</p>

<p>00:15:30</p>	<p>nur knapp darunter. Schlecht sieht das Land im Vergleich mit den alten Bundesländern aus. Dort lag die Quote niedriger, bei nur 7,9 Prozent. Dabei sind in Niedersachsen unter Gabriel sogar Arbeitsplätze geschaffen worden. Aber die Menschen im Land danken es der SPD-Regierung nicht, so das Ergebnis von Infratest dimap. Nur 28 Prozent der befragten Wähler trauen den Sozialdemokraten zu, Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. 49 Prozent glauben, dass die CDU</p>
<p>00:16:00</p>	<p>das besser kann. Aber neue Jobs kommen nur durch mehr Wachstum. Und das fehlt. Der Bauwirtschaft zum Beispiel geht es schlecht wie nie bundesweit. Und auch in Niedersachsen beschrieben acht von zehn Baubetrieben ihre Lage als schlecht. Die Landwirtschaft, einst größter Arbeitgeber im Agrarland Niedersachsen, hoch produktiv, aber mit immer weniger Menschen.</p>
<p>00:16:30</p>	<p>Nach wie vor ist VW der Beschäftigungsmotor im Land. Neue Arbeitszeitmodelle sollen hier mehr Jobs bringen. Doch das allein wird kaum reichen. ‚Die ersten, denke ich, kann man, so wie überall anders auch, im Dienstleistungsbereich Arbeitsplätze schaffen.‘ Im industriellen Bereich ist das</p>

	<p>mit erheblichen Problemen verbunden. Es sei denn, man wäre in der Lage, eine große Investition an eine große Ansiedlung zu akquirieren. Das ist aber sicherlich außerordentlich schwierig. Patentrezepte gibt es</p>
00:17:00	<p>keine. Die Menschen erwarten trotzdem Antworten auf das drängendste Problem im Land.</p> <p>HERRES: Arbeit, Arbeit, Arbeit. Herr Gabriel, wir haben es gesehen. Das wichtigste Thema für die Menschen im Lande, aber Sie trauen der CDU auf dem Gebiet derzeit mehr zu als Ihnen. Was haben Sie versäumt?</p>
00:17:30	<p>Ich denke, dass das durchschlägt, die bundesweite Stimmung. Wir haben hier von den reinen Daten her eine Entwicklung bei der wir die Arbeitslosigkeit gegenüber den Zahlen beispielsweise 1998 um 2,3 Prozent gesenkt haben. Wir haben 186.000 neue Jobs in den letzten zehn Jahren geschaffen. Teilzeitjobs und Vollzeitjobs zusammen. Das ist übrigens bundesweit Platz eins bei der Schaffung zwischen den Bundesländern. Aber wir haben auch, deswegen ist das mit dem Vergleich mit den westlichen und östlichen Bundesländern so ein Problem, wir haben im gleichen Zeitraum 500.000 neue Bürgerinnen und Bürger</p>

	<p>mehr bekommen. Und zwar im Wesentlichen aus den neuen Ländern. Das führt natürlich dazu, dass bei uns viele Jobs auch besetzt werden durch Zuwanderung aus den neuen Ländern. Aber worauf ich persönlich am meisten stolz bin, ist,</p>
00:18:00	<p>wir werden morgen eine Veröffentlichung bekommen über die Zahl der Erwerbstätigen. Anders als im Bundesgebiet, in Niedersachsen bleibt die Zahl der Erwerbstätigen konstant, während sie im Rest des Bundesgebiets zurückgeht. Ich finde, wir haben das, was wir konnten getan, um hier die Situation in Niedersachsen zu verbessern. Und ich glaube, wir sollten in der Weise auch weiterarbeiten.</p> <p>Herr Wulff, Sie haben angekündigt, Niedersachsen zu einer der modernsten Regionen Europas machen zu wollen. Einmal ganz konkret: Wo und wie wollen Sie</p>
00:18:30	<p>die Wirtschaft auf Trab bringen und für mehr Arbeit sorgen?</p> <p>Ein Modellfall ist für uns Wolfsburg. Dort hat es die Gewerkschaft, das Unternehmen VW, die Stadtverwaltung, der Oberbürgermeister, die Mehrheit des Rates mit dem gesamten Rat dann am Ende geschafft, die Arbeitslosigkeit mehr als zu halbieren. Weil man sich konkret für die Stadt Wolfsburg vorgenommen</p>

	<p>hat, was man verändern wollte. Gerade in Richtung Dienstleistungssektor. Einen solchen Entwicklungsplan braucht man für jede Region Niedersachsens, für jede einzelne Branche von Landwirtschaft, Ernährungsindustrie, Automobilwirtschaft, Infrastrukturentwicklung bis hin</p>
00:19:00	<p>zum Tourismus und Fremdenverkehr. Und dort müssen dann die kleinen und mittleren Unternehmen im Mittelpunkt stehen, dass Sie entlastet werden, dass Bürokratie abgebaut wird, dass Sie ermutigt werden, auch durch Initiativen im Bundesrat zu flexiblem Arbeits- und Tarifrecht zu lokaler Arbeitsmarktpolitik. Wir haben da einen sehr umfassenden Plan entwickelt mit dem man Niedersachsen heranzuführen kann an solche Länder wie Bayern und Baden-Württemberg, die eben sehr viel erfolgreicher sind auf diesem Feld. Und was die Zahlen anbelangt, vielleicht darf man das dann doch sagen, haben die Menschen hier ein besseres Gefühl als die Landesregierung für die wirkliche</p>
00:19:30	<p>Lage. Wir haben die zweithöchste Arbeitslosenquote in Deutschland. Nur Bremen ist schlechter in Westdeutschland. Wir</p>

	<p>haben die geringste Selbstständigenquote in Westdeutschland. Wir haben weniger Arbeitsplätze außer Sachsen-Anhalt. Für 1.000 Einwohner haben wir weniger als 400 Arbeitsplätze. Das ist nur noch durch Sachsen-Anhalt übertroffen in Deutschland. Also es ist schon eine sehr angespannte Wirtschaftslage. Das hat auch Ursachen darin, dass Niedersachsen den Anteil an der Bundesrepublik im Bruttosozialprodukt Jahr für Jahr verringert hat. Heute noch bei 8,6 Prozent</p>
<p>00:20:00</p> <p>Gestatten Sie mal, dass ich ein paar Dinge zu dem sage, was eben behauptet worden ist. Mal abgesehen davon, dass natürlich das, was Herr Wulff vorschlägt, wir tun. Das Projekt Wolfsburg haben wir ausgedehnt auf Hannover,</p>	<p>der war mal über 9 Prozent. Das ist das eigentliche Problem, dass die letzten Jahre die Schere, Schere größer geworden ist zwischen Niedersachsen und anderen Ländern.</p> <p>Herr Gabriel, ich glaube da sind sich alle Experten einig. Die Arbeitslosenproblematik kann man am Ende nur mit mehr Wachstum lösen. Niedersachsen hat aber Wachstums- und Strukturprobleme. Wie wollen Sie für mehr Wachstum sorgen?</p>

00:20:30	<p>auf Braunschweig. Wir haben in Braunschweig 1.800 neue Arbeitsplätze geschaffen rund um den Forschungsflughafen. Wir investieren in Wilhelmshaven in einen neuen Hafen mit 3.600 neuen Arbeitsplätzen. Wir haben das Projekt Weser-Bergland. Wir haben in Luft- und Raumfahrttechnologie investiert. Jetzt sage ich Ihnen was zum Thema modernes Land. Morgen oder übermorgen wechselt ein Unternehmen, interessanterweise übrigens aus Hessen, der Biotechnologie hier nach Niedersachsen. Mit der Begründung, Herr Wulff, hier wäre ein exzellentes Forschungsumfeld</p>
00:21:00	<p>geschaffen worden. Übrigens durch ein Hochschulgesetz, das als bestes Gesetz des Jahres 2002 bundesweit ausgezeichnet wurde, gegen das Sie gestimmt haben. Das heißt, ich glaube, dass wir in Forschung und in Bildung und in Entwicklung investieren müssen, dass wir den mittelständischen Betrieben Beteiligungskapital geben müssen. Hier geht eine Investitionsbank ans Netz mit bis zu 700 Millionen Euro Beteiligungskapital. Das ist ernsthafte Hilfe für den Mittelstand und wir setzen in der Tat auf die spezifischen Chancen der Region. Auf eine Sache bin ich dabei</p>
00:21:30	<p>besonders stolz, was wir in den letzten 15 Monaten hinbekommen haben. In ganz</p>

	<p>Deutschland steigt die Zahl der jungen Arbeitslosen leider. Es gibt ein einziges Land, in dem die Jugendarbeitslosigkeit, für die, die langzeitarbeitslos sind, sinkt, das ist Niedersachsen. 21 Prozent Steigerung im Bundesgebiet, 9,5 Prozent Senkung hier in Niedersachsen. Übrigens, das haben wir nicht alleine gemacht. Das ist ja auch so eine Idee, dass die Politik immer alles macht, sondern wir haben Leute zusammengebracht, Herr Wulff. Arbeitgeber,</p>
00:22:00	<p>Gewerkschaften, Sozialhilfebehörden, Kommunen, Arbeitsämter. Und darüber haben wir das getan, was Sie sozusagen meinen, in Zukunft tun zu müssen. Ich finde, wir sollten nicht so tun, als seien wir in der Politik (uv.). Wir haben vernünftige Rahmenbedingungen geschaffen, gerade für den Mittelstand und unabhängig von der Frage, was die Menschen fühlen, natürlich ist auch 9,7 Prozent Arbeitslosigkeit viel zu hoch. Wir hatten mal, als Sie in Berlin in der Regierung waren, 12,6 in den letzten 3 Jahren,</p>
00:22:30	<p>in den letzten vier Jahren haben wir 3 Prozent Abnahme der Arbeitslosigkeit geschaffen. Anders, als in anderen Teilen der Republik, trotz einer hohen Zuwanderung. 500.000 Menschen mehr.</p> <p style="text-align: right;">Bedauerlich ist nur, dass</p>

	<p>7.000 Handwerkervertreter mit den Arbeitnehmern vor wenigen Tagen in Hannover demonstriert haben gegen die Politik in Hannover und Berlin. Weil sie eben, deswegen hat sich ja auch der Handwerkskammerpräsident verwahrt gegen die Vereinnahmung, weil sie eben echte existentielle Sorgen haben. Wir haben einen Anstieg der Pleiten in Niedersachsen von 16,8 Prozent innerhalb eines</p>
<p>00:23:00</p>	<p>Jahres. Das ist fast doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Wir sind ganz stark beteiligt bei den 45.000 Pleiten im vergangenen Jahr. Weil die wirtschaftlichen Bedingungen hier auch gerade im Verhalten der Investoren und Konsumenten arg unter Verunsicherung leiden. Und natürlich gibt es Einzelfälle, wo man Unternehmen verlagert. Braunschweig ist die Biotech-Region Nummer in Deutschland, auch durch die biotechnologische Bundesanstalt aus den 80er Jahren, durch andere Einrichtungen. Aber mit solchen Beispielen einzelner Fälle kann man nicht die Gesamtlage, die die Menschen wahrnehmen,</p>
<p>00:23:30</p>	<p>dass es eben die große Gefahr gibt, hier den Arbeitsplatz zu verlieren und wenn man ihn verloren hat, keinen</p>

	<p>wiederzubekommen, überdecken. Sondern die Menschen haben schon ein Gefühl, dass es da eine andere Politik braucht, die nicht immer zum Jagen getragen werden muss, bei der Investitionsbank, bei den Jugendbüros für die Jugendlichen. Da hat man eben jedes Mal gesehen, dass wir 96, 97 die Vorschläge gemacht hatten, und dann fünf Jahre später darauf zurückgekommen wurde. Das ist die Wirklichkeit.</p> <p>[Entschuldigung, Herr Herres</p> <p>Herr Wulff, ich will hier nicht über Statistik streiten, aber immer haarscharf an der, an der Realität in Niedersachsen vorbei. Ich wiederhole nochmal,</p>
<p>00:24:00</p>	<p>[Ich würde jetzt gern nochmal</p> <p>Ja, ich würde aber gern</p> <p>nicht Einzelfälle, 186.000 Jobs. Zweitens: Wenn Sie sagen, wie viel Insolvenzen wir haben, warum sagen Sie eigentlich nicht, dass dieses Land das Land ist mit Rheinland-Pfalz als einziges in Deutschland mit Zunahme an Gewerbeanmeldungen?</p> <p>[Das sind doch Dinge, das sind doch Dinge</p> <p>[Machen Sie es doch mal.</p> <p>[Da muss ich jetzt mal was zu sagen hier, weil die Fernsehzuschauer ja interessiert sind, so was mal zu erfahren</p> <p>Mit der Statistik, wie hier Schindluder getrieben wird. Wenn in München ein Mord passiert und im Jahr drauf ein zweiter passiert, und in Hannover 100 passieren, und im Jahr drauf 110 Morde</p>
<p>00:24:30</p>	<p>passieren, dann ist in München die Steigerung 100 Prozent und in</p>

	<p>Hannover 10 Prozent. Dann ist natürlich bei der Steigerung 10 Mal so hoch, aber trotzdem lebt man in München mit 2 Morden sehr viel gerne und lieber und sicherer als in Hannover mit 110. Und diese Steigerungsrate ist auf dem niedersten Niveau. Sie haben 62 Gewerbeanmeldungen auf 10.000 Einwohner, das ist das zweit, der zweitletzte Platz aller Bundesländer. Und wenn Sie daran eine Gewerbeanmeldung mehr haben, haben Sie natürlich den höchsten Steigerungssatz gegenüber den, die drei, vier, fünf mehr haben auf höchstem Niveau, aber Sie sind trotzdem der Vorletzte und das muss man schon als</p>
<p>00:25:00</p> <p>[Wissen Sie, deswegen, weil man sich auf Sie verlassen kann, habe ich gerade nicht ein Jahr genommen. Was ich eben gesagt habe, gilt für die letzten fünf Jahre Und ich finde, warum machen Sie das Land schlecht? Das sind die Ergebnisse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Warum sind Sie nicht bereit zu sagen , ,die machen das richtig gut‘. Warum müssen Sie das unbedingt schlecht reden? Ich meine, es gibt doch viele Dinge, worüber wir ernsthaft streiten können. Ich habe Sie nicht</p>	<p>Warnsignal nehmen, dass die Existenzgründer es hier im Land nicht gut haben.</p> <p>Herr Wulff,</p> <p>[Herr Gabriel, lassen Sie uns nicht um Zahlen streiten.</p> <p>[Die Gewerbeanmeldungen</p> <p>[Die Gewerbeanmeldungen</p>

	<p>unterbrochen. Ich habe mir das angehört. Ich finde nur, lassen Sie</p>	
00:25:30	<p>doch beides gelten. Wir haben Probleme. Kein Mensch redet das paradiesisch. Aber wir haben eine Menge gemacht in den letzten Jahren und wir sind runter von 12,6 auf 9,7 und zwar ohne Sie.</p>	<p>Herr Wulff, jetzt haben Sie Gelegenheit noch zu einer Antwort. Dann wollen wir zum neuen Thema kommen.</p> <p>Wir können auch zum neuen Thema kommen. Ich denke, jeder kann sich ein Bild machen, dass immer der Vorgang zwischen Regierung und Opposition ist, die einen würden es schön reden, und die anderen würden es schlecht reden. Der Spiegel schreibt diese Woche über Herrn Gabriel, letzte Unwahrheiten über diese Zahlen, über diese Schönung der Statistik.</p>
00:26:00	<p>Daraus macht sich auch jeder ein Urteil.</p>	<p>OK. Wer in der Politik etwas gestalten will, der braucht vor allem eins. Geld nämlich. Blickt man aber in Niedersachsens Kassen, dann zeigt sich ein an der Küste durchaus vertrauter Anblick: Ebbe. Und wenn man glaubt, der höchste Berg des Landes läge im Harz, der Heimat des Ministerpräsidenten, der irrt gewaltig. Niedersachsens höchster Berg, das ist der</p>

	<p>Schuldenberg und das ist unser nächstes Thema hier im Duell. Zunächst, zum Auftakt ein paar Fakten.</p>
<p>00:26:30</p>	<p>MAZ: Sekunde um Sekunde wachsen in Deutschland die Schulden. Auch für Niedersachsen tickt die Schuldenuhr erbarmungslos. Allein für Zinsen gehen drei-stellige Millionenbeträge drauf, Jahr für Jahr. Und fallen Steuereinnahmen aus, nimmt die Regierung einfach neue Kredite auf. Das statistische Landesamt berechnete: 1996 lagen die Schulden noch bei 31,7 Milliarden Euro. 1998 waren es bereits 34,4. Und im Jahr 2001</p>
<p>00:27:00</p>	<p>stand das Land mit 38,1 Milliarden Euro in der Kreide. Und die Löcher werden größer. Allein für dieses Jahr rechnet die SPD Regierung mit neuen Schulden, 2,6 Milliarden Euro. Doppelt so hoch wie geplant. Aber immer noch fehlt Geld fürs Notwendigste. Schulen werden nicht renoviert, Turnhallen, Spielplätze und Freibäder dicht gemacht. Die Union will Niedersachsen sanieren, ohne Steuern zu erhöhen. Zusätzliche Finanzquellen sind aber nicht</p>
<p>00:27:30</p>	<p>in Sicht. Stefan Homburg: „Der wesentliche Punkt ist, dass die Länder anders als der Bund bei den Einnahmen keinen</p>

	<p>Spielraum haben, weil Sie keine eigenen Steuern und sonstige wesentliche Einnahmen haben, die Sie ändern können. Bei den Ausgaben sind manche Ausgaben durch Bundesgesetze festgelegt, die kann man überhaupt nicht ändern.“ Außerdem, Niedersachsen hat auch hausgemachte Probleme, entstanden schon unter Gabriels Vorgängern. 1,3 Milliarden Euro zu viel gezahlte Steuern mussten an die Erdgasfirma BEB zurückgezahlt</p>
00:28:00	<p>werden, obwohl das Risiko absehbar war, weder CDU noch SPD Regierungen hatten Rücklagen gebildet. Die Weltausstellung EXPO, die brachte dem Land einen Imagegewinn, aber finanziell rechnete sich das Großprojekt nicht. Die Kalkulationen waren zu optimistisch. Die Besuchermassen blieben aus und das Land auf einem Minusbetrag in dreistelliger Millionenhöhe sitzen. Geld sparen will die Union in der Verwaltung.</p>
00:28:30	<p>Personalkostenreduzierung steht im Parteiprogramm. Stellen streichen heißt das letztlich. Auch die SPD hofft auf Einsparungen durch eine Verwaltungsreform. Doch laut Infratest dimap trauen nur 25 Prozent den Sozialdemokraten zu, die Verschuldung des Landes zu verringern. 44 Prozent glauben, dass die Union</p>

	<p>das besser kann. Aber großen Spielraum zum Geldverteilen hat in Niedersachsen die zukünftige Regierung nicht, egal wer sie stellt.</p>
<p>00:29:00</p>	<p>HERRES: Niedersachsen hat riesen Finanzprobleme, Herr Wulff. Wie wollen Sie die Löcher stopfen? Wo wollen Sie ganz konkret sparen? Wem wollen Sie was wegnehmen?</p> <p>Der wichtigste Block sind die Personalkosten mit etwa 45 Prozent des gesamten Ausgabevolumens. Das heißt, man muss Verwaltungen zusammenlegen, Behörden verringern. Man muss Aufgaben abbauen. Instanzenzüge verkürzen. Man braucht nicht mehr die Mittelinstanz des 19. Jahrhunderts, sondern man muss in die Infrastruktur</p>
<p>00:29:30</p>	<p>des 21. Jahrhunderts, Bildung, Forschung, Wissenschaft investieren. Und dann muss man eben auch bereit sein, Aufgabenabbau zu betreiben. Daran hat es die letzten Jahre gefehlt. Wir haben heute 6.000 Beamte mehr als</p> <p>[Personal lässt sich ja so schnell nicht mal eben abbauen</p> <p>Es gibt eine riesen Fluktuation jedes Jahr. Innerhalb der nächsten zehn Jahre scheiden viele, viele aus und man kann nicht alle Stellen wieder besetzen, sondern man muss hier ganz rigoros</p>

	<p>Sparsamkeit, Maßhalten walten lassen und Schwerpunkte setzen. Aber die Schwerpunkte?</p>	<p>[In welchen Bereichen? Abbauen, abbauen</p>
<p>00:30:00</p>	<p>Abbauen? Im Bereich der gesamten Verwaltung, dass man Sparsamkeit zum Prinzip nimmt, die Öffentlichkeitsarbeit, bei Gutachten, beim Aufblähen von Spiegelreferaten, von Fachreferaten. Die Staatskanzlei ist heute so groß wie nie zuvor mit über 350 Stellen. Sie war mal sehr viel kleiner und sie wird unter mir wieder sehr viel kleiner werden, weil ich glaube, der Fisch stinkt zuerst am Kopf. Man muss oben anfangen, beispielhaft vorgeben, sparsam zu sein. Die Haushalte in Ordnung bringen. Dann werden auch andere bereit sein mitzumachen. Viele aus der Verwaltung haben Vorschläge gemacht.</p>	<p>Aber die Staatskanzlei wird nicht reichen, um die Finanzprobleme zu lösen.</p>
<p>00:30:30</p>	<p>Nein, aber es ist wichtig, dass man von oben her auch Vorbild ist und vorgibt, die Dinge, die man in seinem eigenen Bereich macht, kann man auch anderswo durchsetzen. Das habe ich in den Feldern, in denen ich bisher Verantwortung hatte, auch immer getan und deswegen auch entsprechend die Dinge konsolidieren können.</p>	<p>Herr Gabriel, die Steuerausfälle 2002 und</p>

	<p>2003 wurden komplett durch Neuverschuldung aufgefangen. Heißt das, nach dem Wahltag kommt die Stunde der Wahrheit und eine Blut-Schweiß- und Tränenzeit?</p>
<p>00:31:00</p>	<p>Nein. Sondern ich fand den Bericht deshalb fair, weil er gezeigt hat, wo die Probleme in Niedersachsen herkommen.</p> <p>Wir haben in der Tat 1,3 Milliarden DM-Zahlungen zurückleisten müssen für Förderzins. Wir haben in der Tat bei der EXPO weniger zahlen müssen, als vertraglich am Anfang ausgehandelt war. Der Bund hat uns 400 Millionen Mark abgenommen nach nicht ganz einfachen Auseinandersetzungen.</p> <p>^...Und wir haben natürlich in der Tat das Problem, dass die dramatischen Steuereinbrüche des letzten Jahres bei uns zur Erhöhung der Neuverschuldung geführt haben. Was wir gemacht haben, ist, seit 1990 bis ins Jahr 2001, dass wir den</p>
<p>00:31:30</p>	<p>Anteil der Schulden am Gesamthaushalt von fast 10 Prozent Ende der 80er Jahre auf 7,5 Prozent zurückgefahren haben. Durch die Konjunkturkrise und die Steuerausfälle des letzten Jahres ist das alles zunichte gemacht worden. Das ist auch für uns kein besonders schönes Ergebnis, aber die Alternative wäre gewesen, wir hätten nicht 160 Millionen mehr in die Schulen und in</p>

	<p>die Bildung gesteckt. Und deswegen ist meine Antwort darauf: 1. Wir werden weitermachen beim Thema Verwaltungsreform und Einsparungen und nicht</p>
00:32:00	<p>in der Staatskanzlei zuerst. Die Veränderungen in der Staatskanzlei kommen dadurch, dass die Europaabteilung da hineingekommen ist. Sie wollen es wieder woanders hingeben. Wir haben glaube ich zwölf Stellen mehr. Aber worum es geht, ist in der Tat, sich die Mittelinstanzen anzugucken. Ich glaube nicht, dass es geht, in einem Flächenland wie Niedersachsen komplett auf Mittelinstanzen zu verzichten, aber im Zweifel sind wir da so weit gar nicht auseinander. Der 2. Punkt ist, es wird in der Tat darum gehen, dass wir in den kommenden Jahren das fortsetzen, was wir im eigenen Apparat schon begonnen haben. Wir haben 290 Millionen Euro</p>
00:32:30	<p>in den letzten drei Jahren im eigenen Verwaltungsapparat eingespart. Übrigens, Sie haben immer dagegen gestimmt. Wenn wir bei uns auch unsere eigenen Leute rangenommen haben. Na klar, wie war das denn bei Beihilfe und bei vielen anderen Geschichten. Da haben Sie doch immer gesagt, 'Ordentlich reformieren' und wenn wir es gemacht haben, dann haben Sie vor Ort Geschrei angefangen, wenn wir Katasterverwaltung</p>

<p>zusammengelegt haben. Das ist doch die Realität Herr Wulff.</p>	<p>Herr Wulff, das Stichwort haben Sie auch schon genannt, Reduzierung von, Bürokratieabbau letztendlich. Wie soll der genau aussehen nach Ihren Vorstellungen?</p>
<p>00:33:00</p>	<p>Beispielsweise müssen Widerspruchsverfahren nicht vom Kreis bis zur Bezirksregierung und dann wieder zurück gehen, sehr viele Leute beschäftigen, sehr lange dauern, sehr viel Kosten produzieren. Sie können in der Ausgangsbehörde auch zum Widerspruchsbescheid führen, wenn man die entsprechenden Gesetze verändert. Wir werden eine Reihe von Gesetzen verändern müssen um die öffentliche Verwaltung zurückschneiden zu können und es gab 94, 95 die ersten Vorschläge dieser Art von uns. Wären die umgesetzt worden, wäre das Land heute 5,6 Milliarden Euro weniger verschuldet als es verschuldet ist. Aber es ist immer wieder in den Winden geschlagen worden mit der Hoffnung auf steuerliche Mehreinnahmen,</p>
<p>00:33:30</p>	<p>die sich dann nicht realisieren ließen. Wir haben einfach einen Anstieg der Verwaltungskosten um etwa 30 Prozent, wie der Landesrechnungshof uns</p>

	<p>nachgewiesen hat, und das ist viel zu viel auch im Verhältnis zu anderen Ländern und da hätte man eben darauf achten müssen, dass nicht der Staat sich in immer mehr Bereiche einmischt, mit immer mehr beauftragten Stellen, Zuständigkeiten, sondern dass er sich konzentriert auf Bildung, auf innere Sicherheit, sozialen Ausgleich, soziale Einrichtungen. Die sind wichtig für ein Land, um eben auch Gerechtigkeit zu gewährleisten. Die ganze Frage der Jugendhilfeeinrichtungen, der Pflegeeinrichtungen.</p>	
<p>00:34:00</p>	<p>Da muss das Land aktiv sein, aber bei Fragen der Kontrolle, der Genehmigung muss man weg von der Misstrauensverwaltung, immer kontrollieren, ob jemand gegen Gesetze verstößt, zu einer Verwaltung des Vertrauens, dass man mal unterstellt, die Leute verhalten sich Gesetz ^ richtig, rechtmäßig und man dann mehr hinguckt, wenn jemand gegen Gesetze verstößt.</p> <p>Richtig.</p>	<p>[Wollen Sie denn nicht...Nun wollen Sie ja nicht nur sparen. Sie wollen ja auch mehr ausgeben. Sie versprechen auch mehr Personal, Lehrer, Polizei</p> <p>Lassen wir uns mal nicht in der Sache drüber reden. Wir kommen noch zum Thema</p>
<p>00:34:30</p>		<p>Bildung, aber sind das bei der Finanzlage nicht ungedeckte</p>

	<p>Wahlkampfversprechen oder wollen Sie weiter in die Verschuldung?</p> <p>Es geht gar nicht anders, als dass wir im Bereich Bildung dafür sorgen, dass die Kinder den vollen Unterricht bekommen. Dazu brauchen wir 2.500 Lehrer und es geht gar nicht anders, dass wir die Polizeidichte verbessern, denn wir haben die schlechteste Polizeidichte, wenn es auf die wirklichen Polizisten auf der Straße ankommt, abgestellt wird, in ganz Deutschland. Das heißt es wird immer schwerer Polizei zu (uv.) Und diese Kosten 130, 135 Millionen Euro im Jahr, diese Stellen</p> <p>[Herr Wulff.</p>
<p>00:35:00</p> <p>[Gerne.</p>	<p>und das ist im Verhältnis zum Gesamthaushalt von 22 Milliarden. Eben im Verhältnis von 22.000 Euro zu 130 Euro. Und wenn Sie ein Einkommen haben im Jahr von 22.000 Euro, dann werden Sie für Ihre Kinder und die Sicherheit Ihrer Familie 130 Euro aufbringen. Das ist eine Frage der Prioritätensetzung. Man muss Wachstum akquirieren, man muss Bescheidenheit praktizieren und man muss Schwerpunkte setzen. Herr Gabriel hat heute eben den Nachlass zu führen, warum er 6.000 Stellen mehr in der Verwaltung hat, aber weniger Lehrer für 1.000 Schüler als damals zu unseren Zeiten</p>

00:35:30	<p>Ich finde es gut, dass wir endlich mal über Fakten reden. Fangen wir mal an bei Ihrer Behauptung, wir hätten 6.000 Beamte, haben Sie im ersten Redebeitrag gesagt und jetzt haben Sie gesagt in Verwaltung.</p> <p>Nee nee, am Anfang haben Sie Beamte gesagt und dann Stellen in der Verwaltung. Jetzt wollen wir doch mal sagen, was das für 6.000 Stellen sind. Das sind 2.700 Stellen im Pflegedienst</p>	<p>und weniger Polizisten auf 1.000 Einwohner als zu unseren Regierungszeiten. Das ist eben die Bilanz von 13 Jahren SPD und deswegen wird die SPD abgewählt werden, weil diese Bilanz die Leute auf die Palme bringt</p>	<p>Herr Gabriel, das heißt Sie haben die Prioritäten einfach nur falsch gesetzt?</p>
00:36:00	<p>der Landeskrankenhäuser und der Universitätskliniken, das wissen Sie ganz genau. Nun müssen Sie doch nicht dazwischenreden. Es ist doch... wir machen das jetzt mal ganz präzise, nicht so hudeln an den Stellen. 2.700 Stellen im Pflegedienst. Wollen Sie die abschaffen? 2.400 Stellen, Anwärterstellen bei der Polizei. Beide, das wissen Sie, jedenfalls müssten Sie es wissen, kostet das Land haushaltsneutral nichts, weil die Stellen im Pflegedienst von den Kassen bezahlt werden. Wir brauchen sie auch und die Anwärterstellen rekrutieren aus den</p>	<p>[Im ^ dienst</p> <p>[Das ist doch Ihre Entschuldigung</p>	

<p>00:36:30</p>	<p>Abgängen bei der Polizei. 1.100 Stellen, die wir als Titelgruppenpersonal hatten und die wir jetzt auf Stellen gemacht haben. Was heißt das eigentlich? In Wahrheit haben wir doch Stellen abgebaut, Herr Wulff, und zwar genau da, wo Sie es jetzt fordern. Nämlich im Bereich der allgemeinen Verwaltung. Und wenn Sie den Leuten sagen, in Zukunft soll ein Widerspruchsbescheid, den ein Landkreis gemacht hat, nicht mehr bei der Bezirksregierung bearbeitet werden, sondern im Landkreis selber, dann müssen Sie den Menschen in Niedersachsen sagen: Ich möchte gerne, dass wenn ein Bürger einen Verwaltungsbescheid bekommt, die gleiche Behörde,</p>
<p>00:37:00</p>	<p>die den Verwaltungsbescheid ausgestellt hat, auch darüber entscheidet, ob die Beschwerde des Bürgers rechtmäßig ist oder nicht.</p> <p>[Aber ich finde, wir müssen an ein paar Punkten präzise werden</p> <p>[Herr Wulff gehört zu den politischen Verpackungskünstlern im Lande und ich finde, wir müssen die Verpackung aufmachen und müssen gucken, was drinsteht, denn Sie haben insgesamt zwei Milliarden Mehrausgaben versprochen in diesem Wahlkampf.</p> <p>Herr Gabriel, wir wollen ihn auch mal antworten lassen</p> <p>Ja aber wir wollen...</p> <p>[Wir wollen ein bisschen in Dialog kommen. Wir würden gern zum</p>

	<p>[Wie gesagt, wir haben uns konzentriert auf die beiden Versprechungen. Die scheinen uns zentral zu sein, denn jetzt haben wir die Lehrer</p>	<p>nächsten Thema kommen</p>
<p>00:37:30</p>	<p>noch auf dem Markt. Demnächst haben wir sie gar nicht mehr, kriegen einen gigantischen Lehrermangel und dann werden wir wieder umschulen. Vom Apotheker zum Chemielehrer usw. das finden wir, ist nicht gerade das, was unser Bildungswesen braucht. Die 6.000 Stellen so zu zollen ist natürlich aberwitzig, wenn man vom Rechnungshofpräsidenten, der Verwaltungsreformkoordinator war unter Herrn Glogowski, wenn man vom dem schriftlich bekommt, dass gegenüber 1990 heute insgesamt 6.000 Stellen mehr aus dem Haushalt finanziert werden als noch 1990, dann meinen zu können, man könnte die zuordnen, das seien diese oder jene</p>	
<p>00:38:00</p>	<p>Stellen, das ist natürlich völlig absurd, sondern insgesamt ist die Verwaltung aufgebläht worden in den unterschiedlichsten Bereichen. Und das hat diese Zahlen zur Folge, die unser Land jetzt finanziell ruinieren, denn das</p>	<p>[Und damit kommen wir schon – Damit kommen wir schon fließend zum Thema Bildung. Niedersachsens Ministerpräsident ist ja von Beruf Lehrer. Bildung, das ist hier zu Lande</p>

	<p>Chefsache, jedenfalls seit der viel zitierten PISA-Studie, jener Untersuchung über Wissen und Fertigkeiten unsere Schulkinder. Das Ergebnis war auch für Niedersachsen ernüchternd. Der Wissensstand teils so flach wie</p>
00:38:30	<p>der Norden. Seither gibt es ganz unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie die Schiefelage ins Lot gebracht werden könnte. Bildung, das ist das zweitwichtigste Thema im Wahlkampf. Bildung ist unser Thema jetzt auch im Duell.</p> <p>MAZ: Freude am Lernen, in Niedersachsens Schulen eher selten. In vielen Klassen macht sich Frust breit. Die PISA-Studie hat es gezeigt. Niedersachsens Schüler sind schwach im Forschen, Rechnen und Lesen. Das anschauliche Beispiel: Lesekompetenz. Primus ist Bayern mit 510 Punkten. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 484. Klar dahinter Niedersachsen 467 Punkte. Nordlicht, Schlusslicht. Das hat für viele Schüler ganz einfache Gründe. „Dazu müssten ähm verkleinert werden die Gruppen. Ich meine, wenn man einen Leistungskurs hat mit 30 Leuten,</p>

00:39:00	<p>finde ich das schon ziemlich unmöglich, da herauszufiltern, wer davon wirklich zum Unterricht beiträgt und wer eigentlich nur stört.“ „Wenn ich jetzt überlege, bleibe ich heute zu Hause oder nicht, dann überlege ich, was habe ich für Fächer und wenn ich merke, ja eigentlich sind die alle in Ordnung, da sitze ich auch nicht nur ‘rum, dann ist das, glaube ich, schon der erste Schritt dazu, dass die Schüler mehr gefordert werden.“ „Wenn der Lehrer einen dann ab und zu anspricht und Vorschläge gibt, was man machen kann und versucht, den Unterricht trotzdem interessant zu gestalten, auch wenn er merkt, die Schüler haben keine Lust, dann lässt man sich da schon manchmal noch so ein bisschen mitziehen.“</p>
00:39:30	<p>Niedersächsische Schüler zum Erfolg führen, dafür wollen die Sozialdemokraten eine Förderstufe einrichten. In Klasse 5 und 6 sollen alle gleich gut gefördert werden, auf allen Schulen. Die Union hält das für Gleichmacherei. Eine Förderstufe wird es mit ihr nicht geben. Mehr Gesamtschulen auch nicht. Infratest dimap hat gefragt, welche Partei eine Schul- und Bildungspolitik macht. 35 Prozent sagen die SPD. Mit 44 Prozent steht die CDU besser da.</p>

00:40:00	<p>Vielleicht sind die Zahlen Folge populärer Versprechen. Christian Wulff will 2.500 neue Lehrer einstellen. Ob das allein die Lösung ist, bleibt umstritten: „Also ich glaube, man kann nicht immer mehr Lehrer fordern. Das wird nicht bezahlbar sein. Oder aber die Gesellschaft gibt sich einen Ruck und sagt sich, wir verteilen die Steuern anders. Gehen wir davon aus, dass pro Schüler in Deutschland</p>
00:40:30	<p>im internationalen Vergleich sehr viel Geld ausgegeben wird, dann müssen wir für die Schule feststellen, dass wir wahrscheinlich mit den derzeitig vorhandenen Mitteln die Schule verändern müssen.“ Schüler und Lehrer brauchen keine Versprechen, sondern konkrete Unterstützung.</p> <p>HERRES: Gerade in der Bildungspolitik, Herr Wulff, haben Sie den Ministerpräsidenten hart angegriffen. Was konkret werfen Sie ihm vor?</p> <p>Dass zu viel Unterricht ausfällt.</p>
00:41:00	<p>200.000, 250.000 Unterrichtsstunden pro Woche. Dass wir den Unterricht, den wir erteilen müssten, nicht überall erteilen. Dass die Lehrpläne immer mehr eingekürzt wurden. Es</p>

	<p>werden heute 12 Prozent weniger Unterrichtsstunden erteilt als 1990. Es kommen auf Lehrer 18 Prozent mehr Schüler als 1990. Das sind die Eckdaten verschlechterter Bildungsqualität. Aber ich sage auch, es ist keine Frage des Geldes in erster Linie, nicht mal eine Frage der Schulstruktur. Es geht um die Frage Erziehungspartnerschaft Elternhaus - Schule. Es geht um die Motivation der Lehrer,</p>
00:41:30	<p>deswegen werden wir zum Beispiel die Präsenztage in den Ferien abschaffen um ein Zeichen des Vertrauens zu setzen, dass wir sagen, wir wollen viel von euch Lehrern, aber wir gängeln euch nicht. Es muss die Grundschule besser werden, die Vorbereitung im Kindergarten auf die Schule und dann soll das differenzierte, begabungsgerechte Bildungswesen beginnen in Klasse 5. Und das Abitur nach Klasse 12 vergeben werden, denn die Länder Sachsen, Bayern, Baden-Württemberg sind die Siegerländer bei PISA und man sollte sich an den Siegern orientieren und nicht die integrierte Gesamtschule in Klasse 5 und 6 einführen, wo alle nach ein und demselben Lehrplan unterrichtet werden. Das ist</p>

<p>00:42:00</p>	<p>für uns nicht das richtige Bildungsinstrument um wirklich zu fördern und zu fordern, sowohl die Leistungsschwächeren als die Stärkeren.</p> <p>Herr Gabriel, Bildung, das ist nun wirklich originäre Länderkompetenz. Seit 13 Jahren regieren Sozialdemokraten hier in diesem Lande. Die PISA-Ergebnisse haben wir gesehen. Wie kann es zu so einer Misere kommen?</p> <p>Ich glaube, dass wir in Deutschland insgesamt aufpassen müssen, dass wir jetzt nicht ausschließlich uns angucken, sondern sehen, was machen andere besser. Und da gibt es dramatische Unterschiede zwischen dem europäischen Bildungswesen</p>
<p>00:42:30</p>	<p>und dem deutschen. Das hat in der Tat weniger was zu tun mit Klassengrößen und wie viel Lehrer gibt es, aber es gibt Ganztagschulen in Europa, es gibt Erzieher, Sozialpädagogen, Theaterpädagogen an den Schulen, ein Drittel Assistenzpersonal. Und das Schlimmste, was uns die PISA-Studie und zwar allen Ländern vorwirft, dass wir immer sehr viel Geld oben ins Bildungssystem gepackt haben und wir haben den Satz vergessen: ‚Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr oder schwieriger.‘ Deswegen haben wir übrigens zwei Jahre vor PISA, vor der Veröffentlichung,</p>

00:43:00	<p>begonnen mit unserer Bildungsdebatte. Wir haben die verlässlichen Grundschulen eingeführt mit festen Unterrichtszeiten, 8 bis 13 Uhr, frühem Englischunterricht und ohne Unterrichtsausfall, übrigens gegen die Stimmen der CDU. Wir haben bei uns eingeführt den Sprachunterricht im Kindergarten. Das ist natürlich eine Schande, wenn 45 Prozent in Großstädten der Kinder durch die Sprachtests fallen mit fünf Jahren. Wir wollen Ganztagschulen ausbauen, wir tun das. Wir haben die derzeit unglaublich genehmigt. Wir haben die Mitbestimmung für Eltern vergrößert, auch das im letzten Schulgesetz</p>
00:43:30	<p>und es geht anders als bei der Union in der Tat darum, dass ich auch aus eigener Erfahrung, das sage ich jetzt hier mal, weiß, dass eine Selektion oder eine Einteilung nach der Klasse, dass das viel zu früh sein kann. Ich könnte Ihnen erzählen, was bei mir in der 5. Klasse los war. Und dass ich kurz davor war, auf die Sonderschule geschickt zu werden, Sie würden ja vielleicht sagen in Wahrheit war es gar nicht so schlecht gewesen, aber... Der Punkt war, das wissen Sie, Sie haben eine ähnliche Erfahrung in Ihrer Familie,</p>
00:44:00	<p>dass man auch dahinter gucken muss, was ist in den Familien bei den Kindern los. Und das eben erst in der 5.</p>

und 6. sich das wieder gebessert hat. Deswegen ist eine zu frühe Selektion falsch, aber das wichtigste ist und vielleicht stimmen wir da sogar miteinander überein. Ja.

[Ich würde gerne bei dem Punkt mal bleiben und in Dialog kommen. Das ist ja Teil des neuen Schulgesetzes. Genau dieses Schulgesetz wollen Sie stoppen, Herr Wulff.. Warum?

Niemand will diese Förderstufe. Sie ist von keinem Schulträger bisher beantragt worden. Die Landeshauptstadt Hannover, SPD-geführt, diskutiert darüber

00:44:30

die Förderstufe an den Grundschulen anzubinden. Das liegt ja auch nahe, denn wenn da nach ein und demselben Lehrplan unterrichtet wird, ist es ja eigentlich die 6-jährige Grundschule. Wir glauben, dass die Hauptschule eine eigenständige, starke Schule sein muss von Klasse 5 bis 9 bzw. bis Klasse 10, um dann auf das Berufsbildende Schulwesen auch vorzubereiten. Die Berufsschulen werden ja immer vergessen bei der ganzen Debatte. Die leisten eigentlich das Großartigste in unserem Land. 70 Prozent eines Jahrgangs gehen da durch und werden hervorragend qualifiziert von vor allem Lehrern, die Pädagogen sind und in Berufen sich qualifiziert haben.

00:45:00	<p>Die Realschulen sollten bleiben als eigenständige Schulform, aber schon in Klasse 5 beginnen, um ein Profil herauszubilden. Und die Gymnasien können das Abitur nach Klasse 12 nur verleihen, wenn sie in 5 beginnen, denn wenn sie in 7 beginnen, dann wäre das ja Abitur unter einem Jahr weniger Unterricht und das wäre dann ein Billigabitur. Dieses Konzept, das hat in Sachsen bombastischen Erfolg. Die Sachsen geben weniger Geld aus pro Schüler, aber sie haben viel bessere Ergebnisse bei PISA mit dem Abitur nach Klasse 12. Was wir machen, ist verrückt. Nämlich weniger Unterricht zu geben, der eigentlich</p>
00:45:30	<p>bis Klasse 12 erteilt werden könnte, den geben wir bis Ende Klasse 13. Ein Sachse hat nämlich bis Klasse 12 ein Jahr mehr Unterricht erhalten als einer in Niedersachsen bis 13. Und trotzdem geben wir das Abi erst ab Klasse 13. Da könnten wir den jungen Leuten wirklich einen Gefallen tun und sagen, wir sorgen dafür, der Unterricht wird erteilt von 5 bis 12 und dann könnt ihr früher ins Leben, ins Studium, in die Berufsakademie, in die Fachhochschulen usw. Das wäre ein echter Vorteil auch für die Berufschancen junger Leute.</p> <p style="text-align: right;">Letzte Frage an beide mit der Bitte um eine ganz kurze Antwort, weil wir</p>

	<p>dann zum nächsten Thema kommen wollen. Stichwort Unterrichtsausfall nochmal. Wirklich kurz. Was ist das Wichtigste,</p>
<p>00:46:00</p> <p>Erstens will ich nur darauf hinweisen. Es tut mir leid, Herr Herres, das muss man machen, dass natürlich wer in Hauptschulen... Das ist nicht mein Problem. Dass die Hauptschulen natürlich die Möglichkeiten haben, die Förderstufe zu bekommen. Der Kern ist, ich will nicht Schulformen fördern. Ich will Schülerinnen und Schüler fördern. Wir geben 50 Prozent mehr Stunden dort hinein. Und was wir zum Thema Unterrichtsausfall machen: Sie haben Mitte der 80er Jahre für eine Millionen Schüler fünf ^ Entschuldigung, 62.000 Lehrerinnen und Lehrer gehabt. Wir haben für 900.000 Schülerinnen</p>	<p>was Sie dagegen unternehmen wollen? Zunächst Herr Gabriel.</p> <p>[Die Sendezeit wird am Ende nicht länger.</p>
<p>00:46:30</p> <p>und Schüler 65.000 Lehrer. Wir sehen doch, dass wir offensichtlich mit der Ressource Lehrpersonal nicht vernünftig umgehen. Wir haben jetzt im Haushalt Finanzmittel in Höhe von 3.200 Lehrerstellen mehr als im Jahr 2000. Das ist, das sind 160 Millionen Euro. Ich übrigens sage, dass ist ein gebrochenes Wahlversprechen. Ich hatte mal versprochen 120 Millionen D-Mark. Jetzt haben wir 160 Millionen Euro</p>	

	<p>drin. In die Richtung darf man Wahlversprechen brechen, denke ich, das ist eine riesen Chance, aber wir müssen die Schulen auch selbstständiger machen.</p>
00:47:00	<p>Da liegt der Schlüssel und nicht ausschließlich in der Ressource Lehrer.</p> <p>Herr Wulff, kurzes Wort noch zum Stichwort Unterrichtsausfall.</p> <p>Unterrichtsausfall lässt sich nur bekämpfen durch die Einstellung junger, neuer Lehrer, die dann auch unterrichten. Wir haben eh das Problem, dass jetzt viele schon auf Altersteilzeit gehen, dass viele schon jetzt Stunden geben, die sie später abarbeiten können, ^ die Sie später nicht mehr geben müssen. Das heißt, wir brauchen diese Lehrer um einigermaßen, bei immer noch steigenden Schülerzahlen, Unterricht erteilen zu können. Es gibt keine andere Lösung für das Problem und da muss man die Ressourcen hingeben, denn dass junge Leute mit zehn Jahren in Niedersachsen</p>
00:47:30	<p>fast ein halbes Jahr weniger Unterricht gehabt haben, auch in der verlässlichen Grundschule, als Schüler in Bayern mit zehn Jahren gehabt haben, das ist ein unhaltbarer Zustand. Das ist eine Ungerechtigkeit einfach der Behandlung von Kindern und Jugendlichen in den verschiedenen</p>

<p>[Aber sagen Sie doch mal warum man in Bayern nur 18...]</p> <p>[Entschuldigung. Warum in Bayern nur 18,4 Prozent?]</p>	<p>Bundesländern. Entweder die müssen nach Bayern ziehen, das will keiner hier, oder die sorgen hier für eine vernünftige Regierung, die dafür sorgt, dass die gleichen Bedingungen haben.</p> <p>[Die Zahlen stimmen ja gar nicht, wissen wir ja.</p>	<p>[Dankeschön. viermal [Viermal werden wir noch wach dann... dann wissen wie wir - Meine Herren bitte – Viermal werden wir noch wach, dann wissen wir, wie es ausgeht hier in</p>
<p>00:48:00</p>		<p>Niedersachsen und während Astrologen bereits die Wirkung von Saturn und Uranus auf den Wahlausgang interpretieren, haben wir es etwas präziser, dank unserer Wahlforscher. Die kennen zwar das Wahlergebnis noch nicht, aber die augenblickliche politische Stimmung hier im Lande, die kennen sie sehr genau. Und deswegen, wollen wir jetzt reden über Wahlchancen, Wählerwünsche und die beliebte Frage: Wer mit wem?</p> <p>MAZ: Ist er noch der Richtige?</p>
<p>00:48:30</p>		<p>Und rot die Farbe von gestern? Sigmar Gabriel liegt hinten, auch im Endspurt. Christian Wulff will weg vom Verliererimage und diesmal könnte er es schaffen mit seiner CDU. Denn in Infratest dimap steht die SPD bei nur 36 Prozent, die CDU liegt mit 48 Prozent vorn. Die Grünen</p>

	erhalten 7, die FDP
00:49:00	5 Prozent. Sonstige Parteien spielen keine Rolle. Auf der Straße kann man hören, dass viele mit einem Wechsel rechnen. „Ich erwarte ihn höchst wahrscheinlich, um das mal so auszudrücken.“ „Weil die so viel versprechen und eigentlich wenig halten. Die haben also zwar alle Rosinen im Kopf, aber ich muss sagen, also, man merkt wenig.“ „Ich denke ja,
00:49:30	dass es zu einem Wechsel kommt, weil generell die Bundesregierung derzeit katastrophale Politik betreibt und das wirkt sich auch auf Hannover aus.“ Andere glauben noch an die SPD mit Sigmar Gabriel. „Man sollte nie aufgeben, bevor es halt nicht so weit ist, dass das Ergebnis feststeht. Ich denke schon, dass er schon eine Chance hat.“ „Ich schätze, dass der Wulff das wahrscheinlich auch nicht viel besser machen kann.“
00:50:00	Laut Infratest dimap sagen 55 Prozent der befragten Wähler, es ist Zeit für einen Regierungswechsel. 38 Prozent wollen die Sozialdemokraten weiter im Amt sehen. Eine Koalition aus CDU und FDP wünschen 49 Prozent. 37 Prozent sind für Rot-Grün. Dass die Union alleine regiert, hoffen 34 Prozent. Und eine Fortsetzung der SPD-Alleinherrschaft wollen 27 Prozent.

<p>00:50:30</p>	<p>Und die möglichen Koalitionspartner haben klare Vorstellungen. Rebecca Harms (Bündnis 90/Grüne): „Die SPD muss sich bereit erklären, in Zukunft die großen Reformideen aus Berlin, gerade im Bereich Umwelt- und Landwirtschaftspolitik nicht zu blockieren.“ Walter Hirche (FDP): „Zum Beispiel sind wir gegen die Regelung, die die CDU uns im Zusammenhang mit der Gendatenerhebung für Straftäter jeder Art erheben, das ist nur ein Punkt. Aber die Gemeinsamkeiten überwiegen.“</p>
<p>00:51:00</p> <p>Ich glaube, die Wählerinnen und Wähler werden selbst entscheiden, wie sie das machen. Ich vertraue einfach darauf, dass fünf Jahre engagierte Arbeit</p>	<p>Allerdings gewählt wird erst am 2. Februar.</p> <p>HERRES: Wechselstimmung im Lande. Herr Gabriel, das ursprüngliche Wahlziel, die absolute Mehrheit, haben Sie abgeschrieben. Aber sagen Sozialdemokraten über sich selbst, sie seien Experten im Gewinnen auf den letzten Metern. Haben Sie da noch was im Petto, eine kleine Überraschung für die Schlussphase? Irgendetwas, wie man die FDP unter 5 Prozent kriegen kann oder?</p>

00:51:30	<p>sich auszahlen und nicht Ärger in Berlin oder fünf Wochen Wahlkampf. Und wir haben über viele Themen heute gesprochen, das sind die Kaninchen im Hut, die Sie meinen. Ich meine, CDU hat gegen alles gestimmt im Bereich Schule, im Bereich Mitbestimmung der Eltern, im Bereich Jugendarbeitslosigkeit. Das sind alles Dinge, die wir auf den Weg gebracht haben, immer gegen die Union. Am Ende finde ich muss sich Leistung lohnen. Das ist ja ein Werbespruch der Union und deswegen bin ich sicher, die Wählerinnen und Wähler werden am Ende nicht geliehene Stärke verteilen, sondern</p>
00:52:00	<p>eigene. Und darauf setze ich.</p> <p>Herr Wulff, wie hätten Sie es denn eigentlich lieber, wenn man die Zahlen sieht? Absolute Mehrheit oder lieber die sichere Nummer mit der FDP? Dann könnten Sie jetzt ja noch aufrufen vielleicht, ein paar Leihstimmen überzureichen.</p> <p>Also ich fordere natürlich meine Partei auf, um jede Stimme zu kämpfen, dass wir also beide Stimmen bekommen. Und das ist auch ein völlig natürlicher Vorgang. Auf der anderen Seite bleibe ich auch in dieser Frage mir treu, ich hab immer eine CDU-FDP-Koalitionsregierung angestrebt und halte sie für eine tragfähige Lösung</p>

00:52:30	<p>für die nächsten Jahre, für unser Land. Ich glaube, dass die SPD dann die Chance hätte, sich in der Opposition zu regenerieren. In 13 Jahren setzt man doch ein bisschen Selbstgerechtigkeit an. Wenn also hier 84 Prozent der Niedersachsen sagen, sie sind mit der Arbeitsmarktpolitik unzufrieden, 70 Prozent sagen, sie sind mit der Wirtschaftspolitik der Landesregierung unzufrieden und 68 unzufrieden sind, 68 Prozent, mit der Bildungspolitik, dann kann [Die Frage war ja, lieber die Politik im Lande nicht allein? so pralle gewesen sein, sondern dann gibt es [Oder? einfach</p> <p>Ich habe das Ziel einer CDU-FDP-</p>
00:53:00	<p>Regierung und ich glaube nicht, dass man davon abgehen muss, da als man schlechtere Werte hatte, meine auch nicht, dass man von diesem Wahlziel abgehen muss, wenn man etwas bessere Werte hat. Das ist mein Ziel. Eine CDU-FDP-Regierung. Und wenn es anders kommt, dann muss man sinnvollerweise am Wahlabend über Koalitionsoptionen reden, in Ansehung des Wahlergebnisses und unter Respekt vor den Wählern, was die gewollt haben. Denn noch entscheidet in einer Demokratie der [Das wollen wir</p>

	<p>Wähler. Und da sollte man über hypothetische Konstellationen von Koalitionen ^ auch nicht unbedingt hinausgehen</p>	<p>[Das wollen wir auch so lassen, dem Wähler, aber vielleicht</p>
<p>00:53:30</p>		<p>kommt ja jetzt die Zeit, in der das Wünschen wieder hilft. Wünsche nämlich gibt es reichlich bei Wählern, Eltern, Arbeitnehmern wie Arbeitgebern, in Handel, Handwerk, bei Kirchen und Kultur, aber naturgemäß klaffen die Vorstellungen und Erwartungen ganz schön auseinander. Ein kleines Menü der Wünsche haben wir zusammengestellt.</p>
<p>00:54:00</p>		<p>MAZ: Margot Käßmann: „Also ich kann sagen aus kirchlicher Sicht, drei Fragen liegen für uns ganz oben auf. Das eine sind die Folgen von PISA, was bedeutet das für das Bildungssystem in Niedersachsen, auch</p>
<p>00:54:30</p>		<p>im Rahmen der Frühpädagogik und Spracherziehung? Das andere ist natürlich Arbeitslosigkeit, wie können Arbeitsplätze geschaffen werden? Und das dritte Thema: Pflege. Wie geht es weiter mit den Alten, mit den Behinderten, wie kann Pflege sichergestellt werden in menschenwürdiger Form?“ Wilfried Schulz: „Alle Parteien hängen sich im Moment weit aus dem Fenster und sprechen für die Kultur, sprechen dafür, dass der Kultur in der</p>

	<p>Gesellschaft, in dieser momentan sehr zerrütteten Gesellschaft,</p>
<p>00:55:00</p>	<p>eine besondere Funktion zukommt. Dafür muss man dann auch stehen, dafür muss man finanziell stehen, das muss man umsetzen und ich erwarte, dass die Worte, die vor der Wahl gesprochen werden, auch nach der Wahl gelten.“ Hartmut Tölle: „Wir erwarten von der Landesregierung Kontinuität in der klaren Ablehnung eines Irakkriegs. Wir erwarten, dass weiterhin die Wirtschaft- und Strukturpolitik</p>
<p>00:55:30</p>	<p>fortgeführt wird. Dort ist Niedersachsen spitze. Und wir erwarten, dass die Landesregierung sich weiter gegen den Abbau von Arbeitnehmerrechten und Sozialabbau einsetzt.“ Dietrich Kröncke: „Ich wünsche mir von dem zu wählenden Parlament und der Landesregierung nicht zu viel Geschwätz über Reformen, sondern konkrete Schritte, schnelle Taten. Unsere Betriebe brauchen rasche Entscheidungen,</p>
<p>00:56:00</p>	<p>Sicherheit in den nächsten Jahren. Beim Thema Bürokratieabbau nicht so viel reden, sondern handeln. Zum Thema Arbeitsrecht zum Beispiel, mein Wunsch wäre, dass der Kündigungsschutz so reformiert wird, wie ich das vorgeschlagen habe, wie</p>

	<p>wir das diskutiert haben, gerade für Kleinbetriebe. Das muss in diesem Frühjahr geschehen und ich will nicht mit Bedenkenträgern noch im Herbst nächsten Jahres reden.“</p> <p>HERRES: Herr Gabriel, von dem, was wir da gerade gehört haben, was ist denn für Sie das Wichtigste? Wie reagieren Sie darauf?</p>
<p>Das Thema Bildung</p> <p>00:56:30</p> <p>ist absolut das Wichtigste, weil es für den einzelnen Menschen wichtig ist, aber auch für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen. In Zukunft auch aufgrund der Demographie werden die Wirtschaftsregionen sich am besten entwickeln können, die die besten Bildungsangebote haben. Aber eben nicht nur wenige zu den Bildungsleistungen zu bekommen, sondern möglichst viele. Also Bildung, Wissenschaft, Investitionen in Forschung und Entwicklung, vor allen Dingen auch für Mittelstand, das sind die zentralen Themen bei uns im Land.</p>	<p>Ok. Herr Wulff, Ihre Reaktionen auf den Wunschzettel der Niedersachsen?</p>
<p>00:57:00</p>	<p>Für mich ist das Allerwichtigste Wirtschaftswachstum. Dass die Wirtschaft in Niedersachsen wieder Fuß fasst, dass Dynamik</p>

	<p>kommt, Kreativität, Phantasie der Menschen sich entfalten kann, dass investiert wird, dass konsumiert wird, dass die Angst überwunden wird, der Pessimismus, der sich hier breit gemacht hat. Die Stimmung schlecht wie seit 20 Jahren nicht. Und das geht durch Verlässlichkeit, durch Rahmenbedingungen, dass man sagt, ‚wir lassen euch das Geld. Wir nehmen es euch nicht weg.‘ Der Staat konzentriert sich auf seine Aufgaben. Dann hat man Wachstum und Wachstum ermöglicht Investitionen in Bildung, im sozialen Bereich, sichert</p>
00:57.30	<p>die Renten, das Gesundheitswesen. Wir erleben jetzt, wie es überall schlechter wird durch die finanziellen Ressourcen, die weniger geworden sind. Wir merken es in der Pflege, wir merken es in den Krankenhäusern, wir merken es bei den Ärzten. Es geht um freie Arztwahl. Also wir brauchen Wachstum in unserem Land. Wir sind ein erfolgreiches Industrieland und da können wir nicht schrumpfen, wie das derzeit der Fall ist. Rezession muss bekämpft werden.</p> <p>Einer von Ihnen kann es ja am Ende nur werden. Der Wähler hat das letzte Wort und der kann ja tückisch sein, auch auf den letzten Metern. Herr Wulff, wenn es nicht reicht,</p>

	00:58:00	überraschenderweise nach den Umfragen jetzt, war es das dann in Niedersachsen für Sie? Dann gibt es für Sie eine jetzt nicht überraschende Antwort. Dass man vier Tage vor dem Ziel, also vor der Ziellinie, sinnvollerweise jetzt da hinläuft, einläuft, gerade führend auch einläuft und nicht darüber nachdenkt, dass man hinter der Linie auch noch was anderes erleben könnte, dass man jetzt noch überholt werden könnte. Also jetzt zu Seite zu schauen, oder sich umzuschauen, das können Sie im Ernst nicht erwarten, Herr Herres. Sondern jetzt bin ich sehr zuversichtlich, dass die Menschen mir helfen, dass wir das besser machen in Niedersachsen, dass wir die Wende herbeiführen, dass wir zeigen, dass wir es auch anders, nämlich besser machen können. Herr Gabriel,
	00:59:00	Sie haben schon ein bisschen nachgedacht, was sein könnte, wenn es nicht reichen sollte, oder? Ach, wissen Sie, ich bin in die Politik gekommen, nicht weil ich ein Amt haben wollte, das war ja damals nicht vorhersehbar so was. Und in die Politik geht man, weil man mit Menschen zusammenarbeiten will und was bewegen will und das ändert sich im Zweifel nicht, wenn eine Wahl nicht so läuft, wie man es will. Ich

<p>glaube, Sie werden das Glück oder das Pech haben, dass Sie mit mir rechnen müssen.</p> <p>Also jedenfalls politisch engagiert, wo immer dann das sein mag. Aber man kann, glaube ich, die Freude, mit Leuten zusammenzuarbeiten, nicht einfach ad acta stellen.</p>	<p>Das heißt, Sie bleiben in jedem Falle in der Politik?</p>
<p>01:00:00</p> <p>Aber erst mal geht es mir so wie ihm, auf die Zielgerade wollen wir es bringen und gewinnen wollen wir.</p>	<p>Auf der Zielgerade vereint. Vielen Dank Herr Gabriel, vielen Dank Herr Wulff. In vier Tagen wissen wir es genau, dann hat der Wähler sein Urteil nämlich gesprochen und wenn Sie wissen wollen, wie, dann sollten Sie hier Ihr NDR Fernsehen einschalten. Am kommenden Sonntag ab 17 Uhr 45 werden wir Sie informieren in zahlreichen Sendungen live aus Hannover, in „NDR aktuell“, in „das“ und natürlich in Ihrem Landesprogramm, in „Hallo Niedersachsen“. Und so werden wir Sie den ganzen Abend stets auf dem Laufenden halten und wie immer, die Wahlen auch im „Ersten“ bereits um 17 Uhr 35 diesmal. Schalten Sie ein, denn es wird spannend am Sonntag, hier in Hannover. Und damit guten Abend.</p>